

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Europaabgeordnete setzen sich für Sonntagsruhe ein



Rund um die Uhr in Aktion geht nicht lange gut...

In Deutschland nimmt die Sonntagsarbeit jedes Jahr kontinuierlich zu, auch in vielen anderen Ländern ist eine stetige Ökonomisierung des Sonntags zu beobachten. Etwa 13,5 % der deutschen Beschäftigten gehen regelmäßig sonntags zur Arbeit. Spitzenreiter bei der Sonntagsarbeit in der EU ist die Slowakei mit 20,7 %. In vielen Ländern der EU steht der arbeitsfreie Sonntag zunehmend zur Disposition. Um der fortschreitenden Aushöhlung der Sonntagsruhe entgegenzuwirken, hat nun das Europäische Parlament im Rahmen einer schriftlichen Erklärung die Initiative ergriffen. Die Abgeordneten fordern die Mitgliedstaaten auf, den Sonntag in künftigen einzelstaatlichen und EU-Rechtsvorschriften zur Arbeitszeit als wöchentlichen Ruhetag zu schützen, das gesundheitliche Wohl der Arbeitnehmer sowie die Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben müsse beachtet werden. Dr. Thomas Ulmer, Europaabgeordneter für die Region Nordbaden, unterstützt die Initiative des Europaparlaments: „Der Sonntag ist mehr als nur ein arbeitsfreier Tag. Er hat eine besondere Bedeutung für Mensch und Familie, für das kulturelle und religiöse Leben und für eine gesunde und soziale Arbeitswelt. Nur dort, wo es beispielsweise um Leben, Gesundheit und Versorgung der Bevölkerung geht, können wir Arbeit am Sonntag akzeptieren!“

Handygebühren im EU-Ausland sinken weiter

Die Gebühren für Handysprache, SMS und die mobile Datenübertragung werden in den kommenden Jahren erneut sinken. Hierfür haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments schon in den letzten Jahren gekämpft. Schon in diesem Sommer sollen für die im Urlaub verschickten SMS nur noch maximal 11 Cent berechnet werden. Der Industriausschuss des Europäischen Parlaments hat sich dafür eingesetzt, dass die Netzbetreiber ihren Kunden im EU-Ausland ab Juli 2009 für Gespräche nur noch maximal 40 Cent (ohne Mehrwertsteuer) pro Minute berechnen dürfen. Für im EU-Ausland angenommene Anrufe auf dem Handy sollen noch maximal 16 Cent berechnet werden. Die Europaabgeordneten fordern außerdem eine deutliche Reduzierung der Gebühren für Datenroaming (etwa für das Surfen im Internet

über das Handy). Die Betreiber sollen demnach untereinander maximal 50 Cent pro Megabyte für das Datenroaming berechnen dürfen. Weiter soll spätestens ab Juli 2010 das Abhören der eigenen Voice-mailbox im Ausland kostenlos sein. Darüber hinaus unterstützt Dr. Thomas Ulmer MdEP, Experte

für Verbraucherschutz im Europäischen Parlament,



Tschechiens Parlament stürzt Premier Topolánek

Nachdem bereits vier Versuche unternommen wurden, die Regierung des tschechischen Premiers Topolánek zu stürzen, ist dies der Opposition in dieser Woche im fünften Anlauf gelungen. Topolánek, der derzeit als EU-Ratspräsident dem Ministerrat, dem wichtigsten Entscheidungsgremium der EU, vorsteht, wurde vorgeworfen, er könne die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise nicht mildern. Hunderttausende Tschechen würden nun unter einem „Kapitalismus des 19. Jahrhunderts“ leiden, so der sozialistische Oppositionsführer Paroubek.

Jetzt droht nicht nur eine innenpolitische Krise in Tschechien, sondern auch in der EU. Bis zu den geplanten vorgezogenen Neuwahlen wird Staatspräsident Klaus eine herausragende Rolle spielen. Bei allen politischen Entscheidungen wird seine Stimme erhebliches Gewicht haben. Dies wird bei den Europaabgeordneten mit Sorge aufgenommen, da Klaus als profiliertester Europa-skeptiker bekannt ist und aus seiner Ablehnung einer weiteren politischen Integration in der EU keinen Hehl macht.

Derzeit wird davon ausgegangen, dass Topolánek die EU-Ratspräsidentschaft geschäftsführend weiter ausübt, bis in Prag eine neue Regierung gebildet ist. Die tschechische Ratspräsidentschaft hat damit enorm an Autorität eingebüßt. Wichtige Entscheidungen, die bis zum 1. Juli 2009 anstehen - dann endet die tschechische Ratspräsidentschaft - können jetzt nur schwer getroffen werden.

Dr. Thomas Ulmer, Europaabgeordneter für die Metropolregion, warnt jedoch davor, ein zu schwarzes Bild zu zeichnen: „Der Vertrag von Lissabon ist von enormer Bedeutung für ein bürgernahes und demokratisches Europa. Er basiert auf einem breiten Konsens, der auch allgemein anerkannt ist. Durch den Sturz der Regierung in Tschechien wurde der Ratifizierung des Vertrags zwar eine weitere Hürde gestellt, die wir jedoch überwinden werden.“

die Forderung, dass Roaminggebühren sekundengenau abgerechnet werden - und zwar von der ersten Sekunde an: „Eine transparente, nachvollziehbare Abrechnung ist für den Bürger wichtig.

Böse Überraschungen nach dem Urlaub gehören damit der Vergangenheit an.“ In den nächsten Wochen werden die Europaabgeordneten mit den nationalen Regierungen im Ministerrat verhandeln, um auf dieser Grundlage die entsprechenden Änderungen der Roamingverordnung noch im April im Plenum endgültig beschließen zu können.



Mirek Topolánek / Foto: Europäisches Parlament

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Sicherheit und Transparenz für Kosmetika: Neue Kosmetik-Richtlinie der Europäischen Union



Das Europäische Parlament hat in diesen Tagen die neue Kosmetikverordnung verabschiedet. Mit der Aktualisierung der EU-Kosmetikbestimmungen werden rechtliche Unklarheiten und Widersprüche beseitigt und die Sicherheit von Kosmetika erhöht. Sogenannte „Nanomaterialien“ sind in Kosmetika nur dann gestattet, wenn die Verwendung dieser Partikel sicher ist. Zudem haben die Abgeordneten durchgesetzt, dass die Verwendung von Nanomaterialien deutlich gekennzeichnet wird. Dr. Thomas Ulmer, Experte im Ausschuss für Gesundheit im Europäischen Parlament, betont: „Sicherheitsüberprüfungen für kosmetische Produkte müssen an erster Stelle stehen. Cremes, Deos oder Rasierwasser werden direkt auf die Haut aufgetragen und dürfen keine Risiken darstellen“. Das gelte besonders für ganz neue Substanzen, etwa jene, die Nanopartikel enthalten. Nanopartikel besitzen aufgrund ihrer winzigen Größe besondere Eigenschaften und Fähigkeiten. Allerdings sind die Eigenschaften und Wirkungsweisen der Nanopartikel bislang noch nicht vollständig erforscht. „Zunächst ist es notwendig, die Wirkungsweise dieser Partikel genauestens zu untersuchen. Nur wenn die Verwendung dieser Partikel sicher ist, dürfen sie verwendet werden“, so Ulmer. Die Verordnung stellt klar, dass für jedes kosmetische Produkt, das Nanomaterialien enthält, ein hohes Verbraucherschutzniveau

und der Schutz der menschlichen Gesundheit gewährleistet werden muss. Bereits heute sind Nanomaterialien Bestandteil vieler auf dem Markt befindlicher Erzeugnisse. Auch konnten die Abgeordneten erreichen, dass künftig alle Inhaltsstoffe in der Form von Nanomaterialien eindeutig in der Liste der Inhaltsstoffe aufgeführt werden. Hierbei wird das Wort „Nano-“ dem Namen des Inhaltsstoffes vorangestellt. Im Hinblick auf Versprechungen über die Wirkung und Effizienz kosmetischer Mittel soll sichergestellt werden, dass nur die Merkmale, die das Produkt tatsächlich aufweist, für Werbeaussagen und Etikettierung verwendet werden dürfen.

„Der Verbraucher darf nicht in die Irre geführt werden. Im Gegenteil, der Verbraucher muss sich darauf verlassen können, dass das Produkt hält, was es verspricht“, so Ulmer. Wie von der Kommission vorgeschlagen und von den Abgeordneten unterstützt, hält der gefundene Kompromiss an dem generellen Verbot von Stoffen, die als krebserzeugend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend (k/e/f-Substanzen) eingestuft werden, in Kosmetika fest.

Derartige Stoffe dürfen nur in Ausnahmefällen verwendet werden, für die es sehr strenge Bedingungen gibt, die durch die neue Verordnung noch verschärft wurden.

EU sagt ozonschädigenden Stoffen den Kampf an

Die EU verstärkt ihren Kampf gegen die Gefährdung der Ozonschicht in der Erdatmosphäre. Das Europäische Parlament hat die neu gefasste EU-Verordnung zu ozonschädigenden Stoffen verabschiedet. „Die Ozonschicht erholt sich langsam. Aber das ist uns nicht genug. Wir gehen über die Anforderungen eines internationalen Abkommens hinaus“, sagte der EP-Berichterstatter Dr. Thomas Ulmer (CDU). Das Montrealer Protokoll von 1987 legt den stufenweisen Abbau von Stoffen fest, die die Ozonschicht schädigen. Das endgültige Verbot von Chlorfluorkohlenwasserstoffen (HFC) zieht die EU um fünf Jahre auf 2019 vor. Bereits ab März 2010 sollen Methylbromide, wie sie etwa in Pflanzenschutzmitteln verwendet werden, endgültig aus dem Verkehr gezogen sein. Obwohl moderne Haushaltsgeräte praktisch frei von klimaschädlichen Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) sind, befinden sich etwa in älteren Kühlschränken oder Klimaanlage noch erhebliche Mengen der ozonschädigenden Stoffe. Die neue Verordnung stellt sicher, dass diese nicht in die Atmosphäre gelangen, sondern entsorgt und unschädlich gemacht werden. Die Kommission wird bis Januar 2010 eine Liste aller betroffenen Produkte erstellen. Da sich Parlament und Rat bereits auf die Neuregelung geeinigt haben, kann die überarbeitete Verordnung in Kürze in Kraft treten. „Die EU geht mit gutem Beispiel voran und räumt mit den Ozonkillern auf. Das zeigt, dass auch in der Umweltpolitik nur ein gemeinsames Handeln Erfolg und einen echten europäischen Mehrwert hat“, so der CDU-Europa-abgeordnete.



Schnelle Hilfen für Automobilindustrie

Die Automobilindustrie leidet in der gesamten Europäischen Union enorm unter den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise. In einer Resolution zur Zukunft der Automobilindustrie fordert das Europäische Parlament ein engagiertes Krisenmanagement. Dabei stehen die Rettung von Arbeitsplätzen, das Vorgehen gegen Wettbewerbsverzerrungen sowie die Umrüstung der Automobilbranche im Vordergrund. Das Parlament fordert zur Abfederung der Krise schnelle Soforthilfen und nachhaltige, zukunftsfähige Umstrukturierungen. Die europäischen Fonds, der Kohäsionsfonds, der Sozialfonds sowie der Globalisierungsfonds müssen so effizient wie möglich ausgeschöpft werden, um die finanzielle Unterstützung für die Automobilindustrie zu beschleunigen, zu vereinfachen und aufzustocken. Auch die Europäische Investitionsbank soll hinzugezogen werden. Dabei ist es aber auch wichtig, dass die nationalen Maßnahmen in diesem Bereich besser koordiniert und überwacht werden. Dr. Thomas Ulmer, Mitglied des Europäischen Parlaments, betont: „Es darf durch vereinzelte nationale kurzfristige Unterstützungsprogramme nicht zu Wettbewerbsverzerrungen kommen. Zudem müssen protektionistische und diskriminierende Maßnahmen auf

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

dem weltweiten Automarkt verhindert werden.“ Wichtig sei auch eine längerfristige Umstrukturierung der Autoindustrie. „Es geht um mehr Energieeffizienz der Maschinen und die Verringerung von Emissionen. Um die Forschung in nachhaltige Technologien zu fördern, soll der Zugang zu Förderinstrumenten erleichtert werden. Aber auch die Branche selbst muss nun kontinuierlich in Forschungs- und Entwicklungsprogramme investieren“, fordert Ulmer.

Praktikum bei Dr. Thomas Ulmer MdEP Brüssel - Straßburg - Europa erleben

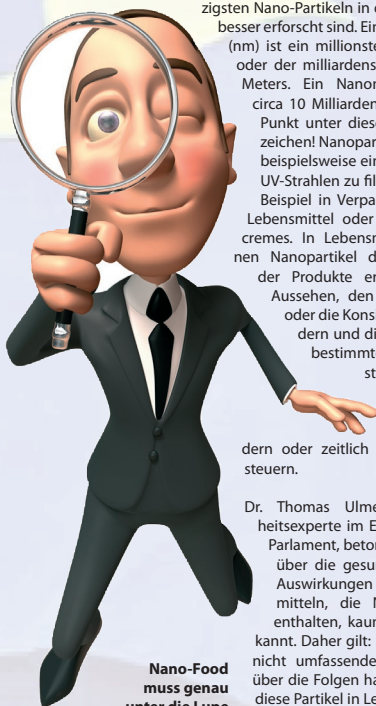


Mein Name ist Natalie Weiß. Ich studiere im 6. Semester Sozialwissenschaften (Schwerpunkt Politik und Soziologie). Durch meine Tätigkeiten in der Jungen Union bin ich zu einem Praktikum bei Herrn Dr. Thomas Ulmer MdEP gekommen. Hier ein kurzer Überblick über mein Praktikum und meine Tätigkeiten. An meinem ersten Tag im Büro Dr. Ulmer war ich sehr aufgeregt, da ich nicht genau wusste, was mich erwarten würde. Doch diese Angst wurde mir schnell durch die offene und freundliche Art von Herrn Dr. Ulmer und dessen Mitarbeitern genommen. Zügig wurde ich in die Arbeit eines Abgeordnetenbüros eingebunden. Ich durfte nach Absprache mit Herrn Dr. Ulmer Bürgeranfragen beantworten, unterstützende Internetrecherchen durchführen, aber auch immer wieder kleinere allgemeine Büroaufgaben übernehmen. Am interessantesten war für mich allerdings, wenn ich Herrn Dr. Ulmer zu den Ausschusssitzungen begleiten konnte. Denn als Politikstudent hört man immer nur theoretisch von der parlamentarischen Arbeit, was aber nicht immer viel mit der Praxis zu tun hat. Auch waren mir trotz meines Studiums die konkreten Abläufe fremd, die zu einer Abstimmung führen und diese vorausgehen. Es war immer wieder spannend und neu für mich zu beobachten, welche inhaltlich komplexe und langwierige Arbeit hinter den Abstimmungen stand. Oftmals waren zahlreiche Treffen mit anderen Abgeordneten, Interessenvertretern und Verbänden nötig, bis es zu einer Meinungsfindung kam. All dies kostet viel Zeit. Hört man als EU-Bürger von EU-Verordnungen, ist einem oft nicht klar, welche langwierigen Prozesse hinter einer solchen Entscheidung stehen. Thematisch bringt die Arbeit eines Abgeordneten immer neue Herausforderungen mit sich. Denn man muss sich in der parlamentarischen Arbeit immer wieder mit neuen Themen befassen, die aktuell behandelt werden. Aber auch die Bürgeranfragen aus dem Wahlkreis befassen sich immer wieder mit neuen Themen, die oftmals eine lange Recherchearbeit zur Beantwortung voraussetzen. Hierbei waren sowohl die Büromitarbeiter des Herrn Dr. Ulmer eine große Hilfe, wie auch Herr Ulmer selbst, der immer eine Stelle wusste, an die man sich wenden konnte. Ein besonderes Highlight für mich war der Besuch in Straßburg, denn hierher kamen meistens die Besuchergruppen aus dem Wahlkreis und ich war schon sehr gespannt auf deren Fragen. Auch wird in Straßburg über die thematische Arbeit, die in Brüssel geleistet wird, abgestimmt, was ich mit großem Interesse verfolgt habe. Herr Dr. Ulmer und dessen Mitarbeiter waren immer offen und ich konnte an vielen verschiedenen Sitzungen und Vorträgen teilnehmen. Ich bin sehr froh und dankbar, dass Herr Dr. Ulmer mir dieses Praktikum ermöglicht hat. Denn ich habe in diesen acht Wochen mehr über den Ablauf und die Organisation der Arbeit eines Abgeordneten gelernt als während meines Studiums. Auch sind es Erfahrungen, die ich hier gesammelt habe, die für mich persönlich sehr wichtig sind. Vor allem wurden mir die Bedenken vor dem Arbeiten im Ausland genommen.

Gesundheitspolitiker der Europäischen Union mahnen zur Vorsicht bei „Nano-Food“

Das Plenum hat in diesen Tagen mit großer Mehrheit über die Neufassung der Novel-Food-Verordnung entschieden. Der für Lebensmittelsicherheit zuständige Umweltausschuss fordert, auf den Einsatz der Nano-Technologie in Lebensmitteln zu verzichten, bis die

möglichen Folgen des Zusatzes von winzigsten Nano-Partikeln in der Nahrung besser erforscht sind. Ein Nanometer (nm) ist ein millionstel Millimeter oder der milliardenste Teil eines Meters. Ein Nanometer passt circa 10 Milliarden Mal in den Punkt unter diesem Ausrufezeichen! Nanopartikel werden beispielsweise eingesetzt, um UV-Strahlen zu filtern, so zum Beispiel in Verpackungen für Lebensmittel oder in Sonnencremes. In Lebensmitteln können Nanopartikel die Stabilität der Produkte erhöhen, das Aussehen, den Geschmack oder die Konsistenz verändern und die Aufnahme bestimmter Inhaltsstoffe in den Körper verbessern, verhindern oder zeitlich und örtlich steuern.



**Nano-Food
muss genau
unter die Lupe
genommen werden.**

Dr. Thomas Ulmer, Gesundheitsexperte im Europäischen Parlament, betont: „Bisher ist über die gesundheitlichen Auswirkungen von Lebensmitteln, die Nanopartikel enthalten, kaum etwas bekannt. Daher gilt: So lange wir nicht umfassende Kenntnisse über die Folgen haben, dürfen diese Partikel in Lebensmitteln auch nicht verwendet werden.“ Unklar ist allerdings, wie weit Nanopartikel tatsächlich

schon bei Lebensmitteln in Europa zum Einsatz kommen. Zwar sind sie grundsätzlich entsprechend der Novel-Food-Verordnung als sogenannte neuartige Lebensmittel zulassungsbedürftig, aber ohne, dass angegeben werden müsste, dass Nanopartikel eingesetzt wurden. Auch hier will das Parlament mit der neuen Verordnung Abhilfe schaffen.

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.
Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantw.), Tarunstr. 21, 74821 Mosbach, Telefon 06261.893991, Telefax 06261.893069
Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171.6809454
Powered by: www.busse-nahrgang.com
Bildnachweis: Fotolia.de (5) / Joannis Kounadeas / Ewe Degiampietro / Darren Baker / Floris / Julien Tromere; Natalie Weiss (1); Europäisches Parlament (1); Texte: Dr. Thomas Ulmer MdEP
E-Mail: info@thomasulmer.eu - Internet: www.thomasulmer.eu